

Antrag der Gruppe Bürgerallianz für Bremen/Bremerhaven

Aktuelle Stunde

Die Staatsanwaltschaft in der Staatsräteaffäre – Ist der Schutz hinweisgebender Personen am Ende?

Begründung:

Wie aus Bremer Medien in der letzten Woche zu erfahren war, gab es im Zusammenhang mit dem aktuellen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bereits im Herbst 2025 einen anonymen Hinweis an die Bremer Staatsanwaltschaft bezüglich angeblicher Aktenvernichtungen im Haus der Wirtschaftssenatorin.

Anstatt alle Ressourcen darauf zu fokussieren, die Vorgänge aufzuklären, verfolgte die Staatsanwaltschaft stattdessen die Aufdeckung des anonymen Hinweisgebers. Dies geschah, obwohl hinweisgebende Personen eine wichtige Rolle in der Umsetzung der Gleichheit vor dem Gesetz erfüllen und entsprechend geschützt sind.

Danach wurde der Name des CDU-Fraktionsgeschäftsführers, der als Verantwortlicher identifiziert worden war, an den Weser Kurier weitergegeben.

Der Aufbau anonymer Hinweisportale und der Schutz von Whistleblowern gewinnen immer mehr an Bedeutung. Auf diesem Hintergrund sind hier sowohl die Prioritätensetzung als auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft nur schwer nachzuvollziehen.

Holger Fricke und die Gruppe Bürgerallianz für Bremen/Bremerhaven